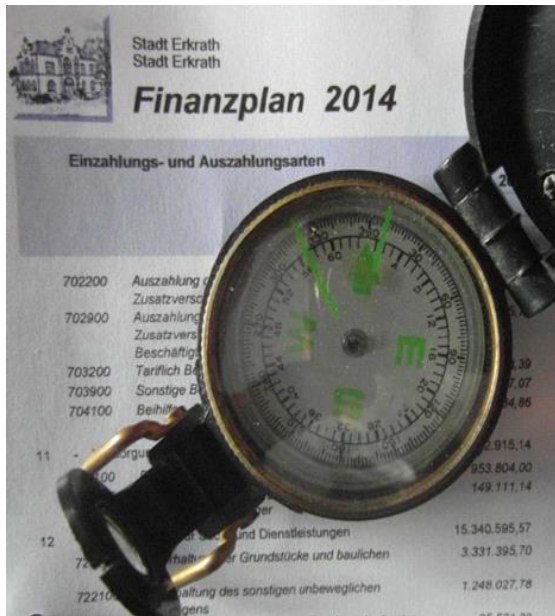




Der Fraktionsvorsitzende der BmU, Bernhard Osterwind, zum Haushalt 2015



## LEBENSQUALITÄT IN ERKRATH SICHERN, FÖRDERN UND ENTWICKELN

Die Koalition von BmU und CDU ist angetreten, die Lebensqualität in Erkrath zu sichern, zu fördern und zu entwickeln.

Dies ist angesichts der derzeitigen Haushaltslage der Stadt kein einfaches Unterfangen.

Die von Bund und Land kompensationslos zugewiesenen Aufgaben belasten uns auch in diesem Jahr in erheblichem Umfang über das bisherige Übermaß hinaus. Dennoch werden wir weitgehend ohne weitere Steuerbelastungen unserer Bürgerinnen und Bürger zukünftig in Bildung und auch im sozialen Bereich investieren. Die Gewerbesteuer in Erkrath ist mit 420 Prozentpunkten verglichen mit den Durchschnitt der STGB Gemeinden Stand 5 / 2014 bei 432 konkurrenzfähig, zumal das Land ja auch die Anhebung der fiktiven Hebesätze 2014 beschlossen hat.

Dabei sind wir uns bewusst, dass eine solide Finanzlage Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Stadt ist und die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen verlangt, dass nicht auf deren Kosten gewirtschaftet wird.

Unter diesem Vorzeichen setzen die Koalitionspartner deutliche Akzente bei der Haushaltsführung

Zu diesen Akzentsetzungen gehört, dass bei aller Solidität der Bereich von Bildung und Soziales weiterhin große Aufmerksamkeit erfährt, Kürzungen in diesem Bereich nicht getätigt werden,

## Das Gesetz der Schwerkraft gilt auch für öffentliche Finanzen!

Da die finanziellen Lasten in Deutschland dem Schwerkraftprinzip folgen: EU, Bund, Land, Landschaftsverbände, Kreise, Jobcenter geben die Kosten nach „unten“, letztlich (ungeachtet einiger Horizontalbewegungen) z.T. zwingend an die Städte weiter und setzen neue und z.T. höhere Standards.

Im Übrigen

Die fehlende Konnexität ist in der Geschichte der Kommunalfinanzierung nicht neu: „Die Stellung der Parlamente – ich spreche hier vornehmlich vom Reichstag und vom Preußischen Landtag – sowie die Stellung der Reichsregierung und der Staatsregierung ist trotz aller schönen und theoretischen Worte, die man gelegentlich hört, der Selbstverwaltung absolut feindlich.“ Konrad Adenauer: 13. Mai 1926. Vortrag Adenauers zum Thema: „Der Kampf gegen die Selbstverwaltung. Aus: Schulz, Günther: Konrad Adenauer 1917-1933 Köln, 2007, S. 127. Das Protokoll der Auseinandersetzung Brüning vs Adenauer bringt es auch fast 100 Jahre später auf den Punkt. Adenauer: „Keine Aufbüdung von Aufgaben durch das Reich, ohne die erforderlichen Mittel zur Deckung.“ (dieselbst S. 140)

Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Aufgabenerfüllungen (z.B. Feuerwehr, Hauptstraße, Rundum, Förderung des Rucksackprojektes, Schulbauten, Infrastrukturentwicklung wie Freies W-Lan und Breitbandversorgung usw.) und an die Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt.

Bedauerlich ist, dass unsere Anregung, einen Konnexitätsbericht zu erstellen, schon vor einem Jahr abgelehnt wurde.

Gibt es angesichts dieser Zwangslage überhaupt noch Optionen, sich Handlungs- und Gestaltungsräume zu erhalten bzw. zu schaffen?

- *Steuererhöhungen*

sind nichts anderes als die Weitergabe der Lasten an den letzten, der sich kaum noch wehren kann, unsere Bürger/Innen.

- *Schulden* zu Lasten der kommenden Generation

(Gesamtverbindlichkeiten durch kurz- und langfristige Kredite liegen zurzeit bei ca. 61 Mio. €). Dies ist eine Spielart von Variante 1, welche aber besonders verwerflich ist, da einer schrumpfenden Generation die Lasten des Konsums von heute auferlegt wird.

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in NRW führt dazu, dass im Jahr 2014 nur 10 Prozent der NRW Kommunen einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen können. Wir schaffen das auch nicht. Noch nicht mal bis zum Jahr 2018. Die Ausgleichsrücklage ist in 286 von 359 StGB-Mitgliedkommunen wie in Erkrath aufgebraucht. Wir zehren das Eigenkapital in Höhe von fast 3,6 Mio. € weiter auf und machen weitere Schulden in Höhe von 2,7 Mio. €.

- *Verschiebung* der Lastenverteilung.

Können wir z.B. die Mehraufwendungen im Bereich Feuerwehr durch Einschnitte im Sozialbereich, Bildungsbereich, bei der Infrastruktur auffangen? Wer sich im Haushalt auskennt, weiß, dass nirgendwo nennenswert „Luft“ dafür zu erkennen ist.

Im Gegenteil, die spartanische Personalausstattung ist Konsequenz des Versuchs, im Haushalt selber die steigenden Lasten aufzufangen. Auch die intensive Beteiligung der Öffentlichkeit (durch die *BmU* beantragt: Öffentliche Vorstellung und Diskussion des Haushaltes, Einholung von Bürgervorschlägen, auch <http://www.erkrath-spart.de/>) hat nur begrenzte fiskalische Erfolge gezeigt. Trotzdem rege ich an, diese Diskussion künftig wieder intensiver zu führen, allein um die Transparenz für die Bürgerschaft wieder herzustellen.

- *Verzicht* auf Leistungen

Der Verzicht auf Leistungen kann nur die Standards betreffen oder die freiwilligen Leistungen. Die Personaldiskussion geht aber aus oben genanntem Grund den entgegengesetzten Weg. Die Personalaufwendungen steigen 2015 planmäßig um 2,1 Mio. € und werden durch die Änderungsbeschlüsse des Stadtrates weiter steigen. Verglichen mit dem planmäßigen Defizit von 4,6 Mio. ist allein diese Steigerung eine erhebliche Größenordnung. **Da die Verwaltung sich chronisch beklagt - insbesondere im Bereich Immobilienmanagement und Tiefbau - überlastet und überfordert zu sein mit den-Beschlüssen** der Politik, sind hier neue Lösungswege zu suchen.

Ein solcher Weg ist das Stadtentwicklungskonzept

### **Erkrath hat seit 2015 ein Stadtentwicklungskonzept.**

Der Stadtrat kann dem „Gesetz der Finanzschwerkraft“ (s.o.) und den damit sich ergebenden Zwängen entgegentreten und zur Erhaltung der Lebensqualität beitragen, indem er aktiv steuert und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange in einem abgewogenen Konzept systematisch verfolgt.

- Das Stadtentwicklungskonzept, welches ökologische, soziale und ökonomische Aspekte unter breitester Bürgerbeteiligung unter Bewertung vieler kontroverser Standpunkte zusammengefügt hat, ist die richtige Antwort.
- Die Koalition aus CDU und *BmU* hat eine breite Mehrheit für das Stadtentwicklungskonzept herbeigeführt.

Seit 1998 verfolgt die *BmU* das Ziel, dass Erkrath seine politisch zentrifugalen Kräfte in einem Stadtentwicklungskonzept (WZ vom 20.06.2013 zur Abschlussveranstaltung des STEK: „Erkrath ist wach geküsst“) bündelt. Abgelehnt zunächst von ausnahmslos allen Parteien war rückblickend sowohl die Kooperationsmehrheit aus SPD, *BmU*, Grünen, wie auch jetzt die CDU

BmU Koalition notwendig und richtig, um dieses Ziel, mit dem die Wählerinnen und Wähler die BmU beauftragt haben, zu erreichen.

Das Konzept alleine ist jedoch nur Papier. Jetzt geht es um die noch wichtigere Phase: die Umsetzung.

### **Bildung und Soziales sichern Lebensqualität und Zukunft**

Der Zuschussbedarf für den Bereich des Jugendhilfeausschusses beträgt insgesamt 13 Mio. €. Das ist nach 2014 in Höhe von 12 Mio. €, 2013: 10,8 Mio. €, 2008: 8 Mio.€ insgesamt circa 5 Mio. Mehraufwand als 2008

Für den Bildungsbereich heißt dies konkret:

Die Kita/Tagespflege erzeugt davon 6 Mio. € Aufwand (2014: 5,5 Mio., 2013: 4,6 Mio. ,2008: 3,7 Mio. €).

Die berechnete Forderung nach mehr Entlohnung für die Tagespflege, die eine höhere Flexibilität in den Angeboten zeigt, eine enge Beziehungsstruktur ermöglicht, „Leerzeiten“ hinzunehmen haben und die Risiken der Selbstständigkeit tragen, hat bei einer Aufwandssteigerung von 8 % pro Stunde auf der Basis von 4,70 €/Stunde Mehrausgaben in Höhe von 108.000 € zur Folge.

Auch für die Tagespflege mahnen wir die Erarbeitung einer Vertretungsregelung an.

Eltern wünschen zunehmend Angebote im Bereich der Ganztagsbetreuung, beginnend mit der Kindertagesstätte.

Die Anzahl der U3 Plätze steigt von 303 auf 324 Plätze. 1073 Plätze haben wir in Ü3 Kindertagesstätten.

Zwar können wir uns nicht wie Düsseldorf kostenlose Kinderbetreuungsplätze leisten, dafür schaffen wir mit unseren knappen Mitteln jedes Jahr - gemäß den Elternwünschen - weitere Plätze.

In der Überzeugung, dass Sprachkenntnisse die Grundvoraussetzung für eine gelingende Teilhabe sind, unterstützt die Koalition auch weiterhin: Projekte zur Sprachförderung wie Rucksackprojekt in Kitas und GS/Griffbereit.

Dies setzt sich fort im Schulbereich mit den Forderungen nach Angeboten, die über den Unterricht hinausgehen: verlässliche Grundschule bis 14:00 Uhr, variable Ganztagsangebote bis in den späten Nachmittag. Die Anzahl der Eltern, die dies wünschen, wächst auch in Erkrath.

BmU und CDU antworten mit der Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen und einem finanziellen Engagement von mehr als 1 Million € in diesem Bereich

Die Koalition sichert die Finanzierung von Zündstoff mit 53T, Gewaltprävention mit 15T, Schulwegepläne, Singpause, wir stellen die Schulen ausreichend mit Medien aus.

Eine besondere Herausforderung im laufenden Haushaltsjahr stellt die von der Landesregierung geforderte Umsetzung der Inklusion dar. Dies verlangt vom Träger zusätzliche Haushaltsmittel im Bereich der sachlichen Ausstattungen der Schulen. Darüber hinaus hat sich die Koalition entschieden, ein deutliches Zeichen im Bereich der pädagogischen Betreuung zu setzen, in dem Mittel für die Beschäftigung von 17 Inklusionshelfern in den Haushalt eingestellt

werden. Es war 2014 richtig und notwendig, dass die BmU im ASS die Erstinitiative zur Finanzierung von Integrationshelfern (50T) eingebracht hatte.

Die insbesondere bauliche Situation der Grundschulen in der Sandheide sowie in Alt Erkrath verlangen entschiedene investive Maßnahmen. Seit Jahren wird der Neubau der Grundschule in der Sandheide diskutiert. 300.000 € setzt die Koalition zur Planung dieser Maßnahmen in den Haushalt ein. Durch das Projekt Soziale Stadt erhält dieses Vorhaben eine besondere Priorität.

Der Beschluss, für Alt Erkrath eine neue Grundschule zu errichten, wird weiter verfolgt. Dennoch wird im Bereich der Grundschule Falkenstraße und ihrem Teilstandort Notwendiges investiert, damit die dort unterrichteten Schüler ein den übrigen Erkrather Schulen entsprechendes, angemessenes Bildungsangebot vom äußeren Rahmen her bekommen können.

Ein vorgezogener Schulentwicklungsplan löst erkennbar keines der aktuellen Probleme in der Schullandschaft, und es ist unseriös, das Gegenteil zu behaupten. 40 T € sind 2016 für den neuen Schulentwicklungsplan vorgesehen.

Der gültige Schulentwicklungsplan (2011 einstimmig beschlossen) benennt alle notwendigen Fakten.

Die Prognose der Schülerzahlen ist nach wie vor stimmig und die Bedingungen sind benannt.

Wer also eine neue Schule will, soll sagen, wo sie errichtet werden soll, welche Schulen geschlossen werden sollen und dann werden die Eltern der Grundschüler im 2. und 3. Jahrgang gefragt, ob sie die neue Schule wollen.

Damit zusammenfassend für den Bereich Bildung und Soziales:

Die Koalition investiert in diesem Bereich weiter. Sie nimmt die Wünsche der Eltern ernst und erweitert die Angebote und verbessert die Qualität der pädagogischen Arbeit.

Die Koalition mildert durch finanzielles Engagement die mit der Inklusion verbundenen Härten für die Grundschulen.

Die Koalition engagiert sich für die Fröbelschule als einem Teilstandort des Kompetenzzentrums Hilden/Erkrath.

Auch im laufenden Jahr werden die Mittel für die notwendigen baulichen Investitionen in den Schulen zur Verfügung gestellt.

Die Koalition bringt richtungsweisende Schulneubaukonzepte in Alt Erkrath und in der Sandheide auf die Schiene der Umsetzung.

Die Koalition schafft durch investive Maßnahmen im Bereich von Sportplätzen und Sporthallen angemessene Rahmenbedingungen für den Vereins- und Breitensport.

Weitere Maßnahmen im Haushalt

Das Projekt „Soziale Stadt“ hat auch mit dem Rückenwind durch das beschlossene Stadtentwicklungskonzept gute Chancen, uns finanziell zu helfen, die notwendigsten Maßnahmen mittelfristig zu finanzieren. Mit den dadurch zu generierenden Zuschüssen in Millionenhöhe wird es uns gelingen dieses Vorhaben neben den anderen Investitionen zu stemmen. Das Projekt Soziale Stadt hat für uns die aktuellste und höchste Priorität. Damit ist auch Rundum zumindest für die nächsten drei Jahre finanziert. Danach können Zuschüsse für Rundum, Schuldnerberatung, Zündstoff und andere Projekte unabhängig vom überstrapazierten Haushalt der Stadt gesichert werden.

**Die Wirtschaftsförderung** muss sich natürlich primär auf die Bestandspflege konzentrieren, aber darüber hinaus sollte sie neue Unternehmen für Erkrath interessieren. Der Wirtschaftskreis Erkrath ist erster Ansprechpartner auch andere Kontakte in unserer Stadt z.B. über den japanischen Generalkonsul sollten genutzt werden.

Der **Lärmaktionsplan II** muss umgesetzt werden.

Das **Radverkehrskonzept**, ebenfalls auf unseren Antrag hin aufgelegt, -in diesem Jahr beschlossen, gehört nun umgesetzt. Dafür werden in diesem Jahr 15.000 € mehr eingesetzt. Mehr wäre wünschenswert, mit der Stellenerhöhung um eine Stelle auf Antrag der Koalition sollten Fortschritte möglich werden..

Das **Klimaschutzkonzept** ist richtig, darf aber nicht in Teilen als „Fernwärmeschutzkonzept“ interpretiert werden können. Die Qualität des Fernwärmenetzes ist, so befürchten wir, unterstützt durch die jüngste Havarie auf der Schimmelbuschstraße, eine altersbedingte CO<sub>2</sub> Schleuder.

Zum **Immobilienmanagement** regen wir an, kritisch zu prüfen, ob wir nicht nur die anstehenden Großprojekte als PPP – Projekte durchführen. Auch die Sanierung und der Betrieb (Unterhaltung) öffentlicher Gebäude über PPP-Projekte- sind zu prüfen. Beim Finanzministerium gibt es die PPP-Task Force, welche wichtige Beratung leisten kann.

Über einen Funktionsbauvertrag kann auch z.B. die Herstellung oder die Grunderneuerung einer Straße sowie die bauliche Erhaltung über einen langjährigen Zeitraum zusammen ausgeschrieben werden.

Bei Vorlage genauerer Zahlen werden wir uns über die Teilfinanzierung der Hauptstraße durch die Erschließungskosten Gedanken machen müssen. Zukünftig sollte man vermeiden, Straßen außerhalb von Bebauungsplänen zu sanieren.

Die Erhöhung der Vergnügungssteuer begrüßen wir ausdrücklich und dies entspricht auch den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag.

Die Finanzierung einer weiteren Unterstützung für **die Flüchtlingsbetreuung** war richtig, genauso richtig ist, dass durch BmU-Antrag für die Verhinderung von Obdachlosigkeit nun personelle Möglichkeiten geschaffen werden.

Immer wieder gibt es Kritik am Vergabeverfahren für die Kindertagesstätten. Wir haben schon vor langer Zeit daran appelliert, endlich das elektronische Verfahren zu wählen, welches fair gegenüber allen Beteiligten ist.

**Die Kritik der „entsetzten“ Grünen**

Die Grünen haben früh, aber vergeblich versucht, im STEK Denkverbote für die Flächendiskussion aufzustellen. Diese Debatte hat leider komplett die wesentlichen, nicht flächenbezogenen, reichhaltigen Anregungen im Stadtentwicklungskonzept überdeckt. So gründet die Ablehnung des Stadtentwicklungskonzeptes durch die Grünen nach außen ausschließlich in einer Ablehnung der planerischen Flächenoptionen.

Die Kritik der Grünen entzündet sich aktuell an der Regionalplanung, die von der Grün geführten Bezirksregierung durchgeführt wird und welche den Vorgaben der Rot Grünen Landesregierung folgt.

Auf Antrag auch der BmU, welche dieses Ziel schon seit ihrer Existenz verfolgte, wurde in Abweichung von den Vorschlägen der Bezirksregierung die Fläche Kleines Bruchhaus aus dem Vorschlag an die Bezirksregierung gestrichen.

Die Flächendebatte wird von den Grünen mehr emotional als sachlich geführt:

„Bündnis 90/ Grüne sind entsetzt über weitere Bebauungspläne von Verwaltung und Politik“

So steht es auf der Homepage der Grünen selbst. Die „entsetzten“ Grünen weiter:

„So stimmten die Grünen als einzige gegen eine weitere Bebauung der Neanderhöhe und – mit der SPD – des Neanderbogens.“

Hier wird von den „entsetzten Grünen“ der Öffentlichkeit suggeriert, die BmU hätte für eine Bebauung des Neanderbogens gestimmt. In Wirklichkeit hat die BmU für eine Herausnahme des Neanderbogens aus dem Allgemeinen Siedlungsbereich gestimmt, wie unschwer der Vorlage zum ASW am 4.3. in Verbindung mit dem vorläufigen Protokoll des ASW vom 4.3. zu entnehmen ist. Die Koalition hat nicht für die Bebauung des Neanderbogens gestimmt. Im Gegenteil!

Auch das Stadtentwicklungskonzept kennt die Bebauung des Neanderbogens nicht.

Die BmU hat bereits 2012 im Zusammenhang mit den Ansiedlungswünschen der Firma TimoCom die Zusage einer Erweiterungsoption ggf. auf die Neanderhöhe gemacht. Das Ergebnis ist bekannt. Jeder begrüßt die Ansiedelung dieser Firma. Als es aber 2011 und 2012 darum ging, eine Erweiterungsoption für die Firma auszusprechen, standen dafür BmU und CDU ein. Die politische Kritik dafür haben Grüne und SPD 2012 arbeitsteilig der BmU zugeordnet.

In der jüngeren Geschichte Erkraths gibt es kein zweites Beispiel für eine fiskalisch (Gewerbesteuereinnahmen), sozial (Arbeitsplätze und Wohnraumnachfrage in Erkrath von jüngeren Menschen), ökologisch (das Bauwerk erfüllt höchste energetische Kriterien) und städtebaulich gelungene Ansiedlung.

Wir haben unsere Gründe für die Teilbebauung der Neanderhöhe dargelegt und sind mit dieser Entscheidung 2014 auch vor den Wähler getreten, denn im Stadtentwicklungskonzept ist eine Teilbebauung der Neanderhöhe, im Gegensatz zu vereinzelt öffentlichen Aussagen von Detlef Ehlert, dessen Fraktion und Partei das Verdienst zukommt, immer konstruktiv das Stadtentwicklungskonzept begleitet zu haben. vorgesehen.

**Die TimoCom Ansiedlung lieber als Blaupause für das Ergreifen von Chancen nehmen.**

Die Option einer Bebauung der Neanderhöhe ist, verglichen mit den Ausweisungen im Flächennutzungsteil, selbstverständlich auf einen kleinen Teil zurückzunehmen. Diese Option sollte ausschließlich der Ansiedlung von Premium-Gewerbe nach dem Vorbild von TimoCom gelten. Der grobe Rahmen, den der Regionalplan vorgibt, ist da sicher noch zu optimieren. Eine Inanspruchnahme des Grünlandes im Westen des Gebietes kommt nicht in Frage und die Höhenentwicklung darf sich nicht an dem TimoCom Gebäude orientieren, sie muss maximal dreigeschossig ab Straßenhöhe verbleiben. Es sind hier viele Dinge noch zu klären, das B-Plan Verfahren würde zudem die Chance echter Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange einbeziehen.

Die Wirtschaftsförderung ist seit der Gestaltungsmehrheit mit einer personellen Verstärkung der Wirtschaftsförderung und – auf unsere Initiative – mit Mitteln für den Aufkauf von leerstehenden Immobilien am Markt. Ergebnis bisher: 0.

Die Unterscheidungsfähigkeit zwischen dem Möglichen und dem Wünschenswerten ist den Grünen auch bei Ihrem Antrag (Vorlage 22/2015) komplett abhandengekommen, indem sie fordern, die Stadt Erkrath soll eine **Krankenversicherungskarte für Asylbewerber/Innen** in Abweichung vom Asylbewerber- Leistungsgesetz einführen.

Die Finanzpolitik der Grünen ist nicht plausibel. Obwohl gerade aus ihren Reihen immer wieder Mehrausgaben der Stadt gefordert werden, vermissen wir realistische Konzepte zur dauerhaften Finanzierung dieser Bedürfnisse. Es gibt zwei Hinweise der Grünen zu diesem Thema:

1. „Der ganz überwiegenden Zahl von Städten geht es noch schlechter als Erkrath.“

Das ist richtig. Aber der Fußlahme wird nicht dadurch gesund, dass er am Bett eines Herzkranken sitzt.

2. „Die Gewerbesteuererinnahmen werden weiter steigen“.

Das ist die Umkehrung des Schwerkraftprinzipes (siehe oben). Man hat den Eindruck, die Grünen gingen von einer Art Schwerelosigkeit der Gewerbesteuerentwicklung „nach oben“ aus. Wir sind hier aber nicht bei „Wünsch Dir was“ sondern bei „So ist es!“

Gewerbesteuererinnahmen sind die unberechenbarste und unsicherste, gleichwohl eine unverzichtbare Einnahmequelle der Kommune, welche von externen Faktoren stark beeinflusst wird. Jeder Hochphase der Einnahmen im Gewerbesteuerbereich folgt ein Niedergang. Zwar ist der Zeitpunkt nicht vorhersehbar, aber daraus zu schließen, es würden keine Einbrüche mehr geben, ist naiv.

### Der Regionalplan

Erkrath hat im Regionalplan (2012 bis 2032) einen deutlich größeren Bedarf an gewerblichen Flächen (mind. 10 ha), als derzeit planerisch gesichert ist. Die dabei als „planerisch gesichert“ geltenden Flächen gehen deutlich über das Stadtentwicklungskonzept hinaus.

Der Bedarf kann ggf. zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Regionalplanänderung an einem geeigneten Standort umgesetzt werden. Insofern ist auch die „Herausnahme“ der Fläche Neanderhöhe, wie von den Grünen gewünscht, keine „Verhinderung“ einer Nutzung innerhalb der nächsten 20 Jahre. Als Reserve hat die Bezirksregierung im Regionalplan schon die komplette Neanderhöhe nach der FNP-Darstellung (!) ausgewiesen.



Verzichtet die Stadt Erkrath jetzt auf die Erfüllung ihres Bedarfes, so bleibt es trotzdem bei dem regionalplanerisch festgestellten Bedarf und er wird woanders gedeckt. Der regionale Bedarf wird nicht dadurch kleiner, dass Erkrath ihn nicht aufnimmt.

Die Bezirksregierung hat für Erkrath einen zusätzlichen Bedarf von 850 Wohneinheiten errechnet. Im beschlossenen Stadtentwicklungskonzept wird nur von 680 WE ausgegangen. Bei den Flächenreserven hat die Bezirksregierung z.B. Flächen wie Erkrath Nordost einbezogen.

Verglichen mit dem gültigen Gebietsentwicklungsplan (GEP 99) hat Erkrath mehr als 34 ha aus dem ASB (bebaubarer Allgemeiner Siedlungsbereich) herausgenommen: Zwölf Morgen (ca. 1 ha), Neanderbogen (ca. 2,5 ha), Kleines Bruchhaus (ca. 5,6 ha), Hochdahl - Ost mit Streifen südöstlich der Willbeck (ca. 22 ha.) und nördlich Peter-Rosseger-Straße (ca. 3,5 ha) aus dem allgemeinen Siedlungsbereich herausgenommen. Dem stehen 7 ha ASB-Flächenausweisung nördlich der Neuenhausstraße entgegen und die Gewerbeausweisungen Kemperdick und Neanderhöhe.

Im Regionalplan wird von 152 Wohneinheiten in Baulücken ausgegangen. Davon werden 50% - also 76 WE - als Reserve angerechnet.

Die von der Bezirksregierung angesetzte rechnerische Bebauungsdichte von 35 WE /ha (2012 waren es sogar 45 ha) ist nicht realistisch. Der Dichtewert lag in letzten 12 Jahren ca. 23 WE/ha. Die Grünen fanden ja selbst die Bebauung an der Kirchstraße B-Plan E 28 mit 25 WE/Hektar als zu dicht. Auf dem Papier rechnen die Grünen das Potenzial ungenutzter Flächen jedoch deutlich über dem jetzt im Regionalplan gefundenen Wert von 35 WE / ha.

Die Anmeldezahlen an den Schulen in Alt-Erkrath legen nahe, allein aus Gründen der Struktursicherung ein Augenmerk im Monitoring auf Alt-Erkrath zu legen.

Nehmen wir als Beispiel für die Verknüpfung der beiden Punkte Regionalplan und Haushaltsplan in der heutigen Tagesordnung die Debatte um das *Cleverfeld*.

Der aktive und passive Brandschutz, verglichen mit der Situation vor 20 oder 30 Jahren, ohne dass man sich damals wesentlich unsicherer gefühlt hätte, kostet ein Vielfaches. Ein Optimum an Sicherheit fordert auch ein Optimum an finanzieller Ausstattung. Dabei ist die Diskussion um die neue Feuerwache unnötig gespenstisch.

1. Es gab ein von SPD und CDU ausgesprochenes Denkverbot im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes, die Standortdiskussion der Feuerwache einzubeziehen. Der Standort Cleverfeld findet sich im STEK nicht.
2. Die Verwaltung hat in der Ursprungsvorlage eindeutig den Standort Cleverfeld als nicht realisierbar bezeichnet. Dass dies nun doch angeblich möglich ist, lässt an der Qualität der damaligen Verwaltungsempfehlung oder der heutigen Verwaltungsempfehlung zweifeln.
3. Der Standort Cleverfeld sollte billiger (15 Mio.) und schneller als der alte Standort realisiert werden. Schon der Blick in den heutigen Haushalt zeigt, dass mit über 18 Mio. die Finanzlatte schon jetzt gerissen ist. Das Konzept sollte im letzten Jahr dem Feuerwehrausschuss vorgelegt werden, liegt aber auch heute noch nicht vor. Nichts spricht dafür, dass der Standort Cleverfeld – in welchem man ein vermeintlich „billiges“ Naturschutzgebiet, das in verschiedenen entwertenden Äußerungen von interessierter politischer Seite nahezu „entwidmet“ wurde, rasch und für 15 Mio. realisiert werden kann.

Ich fasse zusammen:

Die Koalition ist sich der finanziellen Lage der Stadt bewusst. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes – das ja bekanntlich unter breiter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt wurde – wird sie die weitere Entwicklung der Stadt steuern und dabei im Blick auf die Nutzung von Flächen und Ressourcen die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie wahren.

Erkrath bietet Lebensqualität, die Koalition wird unserer lebenswürdigen Stadt Erkrath Lebensqualität sichern und weiter entwickeln!

## DANK

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies ist der erste Haushalt der neuen Amtszeit des Stadtrates.

In diesem Jahr wird ein neuer Bürgermeister und damit auch ein neuer Ratsvorsitzender gewählt werden. Dem scheidenden, langjährigen Bürgermeister kann man nicht nachsagen, dass er sich geschont habe, Konflikten und unpopulären Entscheidungen innerhalb und außerhalb des Hauses zum Zwecke der finanziellen Einsparungen aus dem Weg gegangen ist. Ihm persönlich wünschen wir alles Gute.

Zum Bürgermeisterwahlkampf am Schluss noch mal Konrad Adenauer am 18.10.1917 im Gürzenich: „Ich bin der Letzte der einem faulen Misch-Masch das Wort redet. Streit der Parteien und Streit der Meinungen muss sein, er ist die Wurzel des Fortschritts. Aber die Achtung vor der Meinung des Gegners, die Überzeugung, daß er auch das Beste will, darf uns niemals verlassen.“(Quelle wie oben S. 329)

Insbesondere danken wir dem Kämmerer und der Kämmerin, insbesondere Frau Bauer, welche mit viel Sorgfalt und Geduld, zuverlässig wie im letzten Jahr unsere Fragen sehr konstruktiv bearbeitet haben.

Unsere Zustimmung zum Haushalt dürfen Sie zu Recht auch als Frucht Ihrer Arbeit, die wir sehr schätzen, ansehen.

In diesem Jahr kommt hinzu, dass wir hoffen, dass es auch durch den Einsatz des Rechnungsprüfungsamtes gelingt auch die Jahresabschlüsse so rechtzeitig vorzulegen, dass der Haushalt auch genehmigt und ab Juni umgesetzt werden kann.

Für die BmU-Fraktion

Bernhard Osterwind

März 2015